



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder der Senioren-Union in der CSU,

bevor wir uns heute mit den aktuellen politischen Geschehnissen beschäftigen, wollen wir voller Dankbarkeit zurückblicken auf das segensreiche Wirken von Barbara Stamm. Diese wunderbare und beeindruckende Frau wurde aus gutem Grund das „soziale Gewissen der CSU“ genannt. Es tut mir besonders leid, dass sie, die sich immer für alle Kranken und Schwachen eingesetzt hast, selbst so viel leiden musste. Gott sei mit ihr!

In unserer CSU-Familie steht am kommenden Wochenende der jährliche Parteitag bevor. In diesem Jahr wird er in Augsburg stattfinden. Wie bereits im letzten SENetz berichtet haben wir als SEN vier Anträge eingereicht, die wir zu Ihrer Information diesem SENetz als Anhang beifügen.

Gemäß unserem Motto „Wir lassen nicht locker“ werden wir uns natürlich nicht nur auf dem CSU-Parteitag laut zu Wort melden. Dank der hervorragenden Arbeit der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege unter Dr. Christian Alex haben wir ganz aktuell eine Pressemitteilung zum Thema Cannabis und eine Pressemitteilung mit der Forderung nach einem Rettungsschirm für Gesundheitseinrichtungen herausgegeben.



Wir als ältere Generation sind besonders auf die wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung angewiesen. Die steigenden Energie- und Benzinkosten wie auch die horrende Inflation gefährden nicht nur die Existenz einzelner Menschen. Sie bedrohen auch die wirtschaftliche Grundlage von Krankenhäusern, Reha-Kliniken, Alten- und Pflegeheimen sowie ambulanten Pflegediensten. Deshalb muss hier etwas passieren!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Zeit und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

Ihr

Franz Meyer
SEN-Landesvorsitzender



Presseinformation

Senioren-Union trauert um Barbara Stamm – Die Stimme für die Schwachen in der Gesellschaft wird vermisst werden

Die Senioren-Union der CSU trauert um ihr langjähriges Mitglied, Staatsministerin a.D. Barbara Stamm. „Barbara Stamm stand wie kein anderer Politiker für die Grundwerte im Namen der CSU. Neben der christlichen Orientierung hat sie sich immer für das S, die Sozialpolitik und für die Schwachen in der Gesellschaft eingesetzt“, erklärt Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU. „Als ehemalige Landtagskollegen hat uns eine persönliche Freundschaft verbunden, im gemeinsamen Einsatz haben wir uns für die Senioren-Union eingesetzt. Umso mehr bedauere ich in tiefer Betroffenheit ihr Ableben.“

Als bayerische Sozial- und Gesundheitsministerin im Kabinett Stoiber habe Barbara Stamm die Grundlagen für die wesentlichen Arbeitsfelder gelegt, die bis heute besonders für die älteren Menschen wichtig seien, beispielsweise wenn es um Pflege und Betreuung gehe, betont die Senioren-Union der CSU. Stamm habe aber auch den Stil der Politik geprägt als eine hochrangige Politikerin, die immer für ihre Position eingetreten ist. „Wenn es um die Themen der Betreuung und Pflege ging, um die Solidarität mit den Armen und Schwachen, dann konnten wir uns auf die Unterstützung von Barbara Stamm verlassen. Sie war der Anwalt der tiefen sozialen Prägung unserer Partei. In der Politik für die ältere Generation hinterlässt Barbara Stamm nun eine tiefe Lücke, die schwer zu schließen sein wird“, fasst Franz Meyer Trauer und Anteilnahme der Senioren-Union der CSU zusammen.

Ende

Presseinformation

Senioren-Union lehnt Legalisierung von Cannabis strikt ab - Suchtprävention und gesundheitliche Aufklärung weiterhin im Vordergrund

In der aktuellen Diskussion um die von der Bundesregierung geplante Freigabe von Cannabis vertritt die Senioren-Union der CSU eine eindeutige, uneingeschränkt ablehnende Position. „Wir sprechen uns strikt gegen eine Legalisierung von Cannabis aus. Bei unserer Landesversammlung im September in Regensburg haben wir in einem Antrag einstimmig beschlossen, dass die CSU und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag die Legalisierung von Cannabis – mit Ausnahme der Verwendung in der Medizin – strikt verhindern sollen“, erklärt Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU.

Im einstimmig verabschiedeten Antrag auf ihrer Landesversammlung 2022 betont die Senioren-Union der CSU, dass man die Folgen des Cannabiskonsums weiterhin als absolut schädlich beurteilen müsse. Neben Atemwegserkrankungen könne es insbesondere bei Jugendlichen zu Gehirnentwicklungsstörungen kommen, das Unfallrisiko im Straßenverkehr steige und latent vorhandene Psychosen könnten ausgelöst werden. Deshalb unterstreicht Franz Meyer für die Senioren-Union: „Suchtprävention und gesundheitliche Aufklärung müssen weiterhin im Vordergrund stehen, nicht die weitere Legalisierung von Drogen.“

Ende



Presseinformation

Senioren-Union fordert Rettungsschirm für das Gesundheitswesen – Rasche Hilfe statt Machtwörtchen

Die Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die steigenden Energie- und Benzinkosten sowie die horrende Inflation gefährden die Existenz vieler Gesundheitseinrichtungen, insbesondere Krankenhäuser, Reha-Kliniken, Alten- und Pflegeheime sowie ambulante Pflegedienste. „Die ältere Generation ist besonders auf die wohnortnahe medizinische und pflegerische Versorgung angewiesen. Zu dem bereits bestehenden Fachkräftemangel und den krankheitsbedingten Ausfällen durch die steigenden Corona-Zahlen wachsen berechnete Versorgungsängste“, unterstreicht der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär a.D. und Altlandrat Franz Meyer. „Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach auf, unverzüglich einen wirkungsvollen Rettungsschirm für das Gesundheitswesen aufzuspannen.“

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Pflege in der Senioren-Union, Dr. med. Christian Alex, weist auf die Dringlichkeit der Unterstützung hin, da bereits erste Insolvenzen angemeldet sind. „Nicht Machtwörtchen, sondern konkrete Hilfen sind rasch notwendig, wenn wir nicht in dramatische Probleme in der Gesundheitsversorgung laufen wollen“, so Dr. Christian Alex.

Ende

Gratulation für den SEN-Landesvorsitzenden Franz Meyer

Meine sehr geehrten Damen und Herren der SEN,
sehr geehrter Herr Ehrenvorsitzender Prof. Dr. Konrad Weckerle,
sehr geehrter Herr Ehrenvorsitzender Dr. Thomas Goppel,
geschätzter Herr Landesvorsitzender, lieber Franz,

... es könnte nicht besser passen: Kurz vor unserer Landesversammlung wurde die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse an unseren Landesvorsitzenden Franz Meyer bekannt.

Aus diesem Grund steht mein aktueller Beitrag auch nicht im offiziellen Programm der Landesversammlung. Aber selbst im Seniorenalter sollte uns ein gewisses Maß an Spontaneität möglich sein.

In meiner Funktion als Bezirksvorsitzender Niederbayern und stellvertretender Landesvorsitzender ist mir die schöne Aufgabe zugefallen, in Ihrer aller Namen unseren Franz Meyer zu beglückwünschen.

Natürlich und gerne nützen wir als SEN-Landesverband die heutige Gelegenheit bzw. diesen Zeitpunkt, dir, lieber Franz, offiziell zu dieser großen Auszeichnung zeitnah zu gratulieren.

Über Jahrzehnte hinweg hast du dich in Politik und Gesellschaft unbestritten im höchsten Maß verdient gemacht – mit deinem Einsatz für die Menschen, die dir immer wieder auch ihre Stimme und damit ihr Vertrauen schenkten. – Und du hast die Menschen nicht enttäuscht!

Seit inzwischen über einem Jahr erhebst du als unser Landesvorsitzender in der Nachfolge von Thomas Goppel, unserem jetzigen Ehrenvorsitzenden, deine Stimme nun auch für die Interessen der Seniorinnen und Senioren.

In der PNP stand anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes eine dicke Überschrift mit einer Aussage von Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Franz Meyer ist ein großes Schlitzohr“. Schnell wurde mir da bewusst, dass man unseren Landesvorsitzenden nicht besser charakterisieren könnte. Denn heutzutage ist laut Wikipedia ein „Schlitzohr“ in der Alltagssprache nicht mehr, wie früher, notwendigerweise ein Gauner, ein Betrüger. Vielmehr bezeichnet man mit „Schlitzohr“ angeblich jemanden, der listig und gewitzt vorgeht. So könne man sogar anerkennend von jemandem sagen: „Du altes Schlitzohr!“

Ich bin sicher, genau so wollte Markus Söder das Prädikat „Schlitzohr“ verstanden wissen.

Bei dieser Beschreibung fiel mir spontan das bekannte Märchen „Hase und Igel“ ein. Die Rollenverteilung dürfte klar sein: Franz Meyer ist nicht der getäuschte Hase, sondern der listige Igel, der dem Hasen durch seine Schläue und mit Hilfe seiner Frau (wie im richtigen Leben halt auch ...!) haushoch überlegen ist und somit den Wettlauf klar für sich als Sieger entscheiden kann.

Und bei dir, lieber Franz, konnte und wird es auch in Zukunft nicht ausbleiben, dass du da und dort auch mal deine „Stacheln“ aufrichtest und ausfährst, um auf Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen und auf Veränderungen und Verbesserungen zugunsten der älteren Generation hartnäckig hinzuwirken.



Damit du, lieber Franz, das auch weiterhin und vor allem erfolgreich tust, soll dich symbolisch ein kleiner Igel, vorsichtshalber nur mit Stacheln aus Schokolade, motivieren. Zum Aufstellen dieser braucht es aber auch Kraft. Und die sollst du dir – mehr oder weniger zu Hause – in Vilshofen bei einem Besuch im dir ja gut bekannten Flughafenrestaurant mit deiner lieben Frau Rosmarie holen bzw. auffrischen. ... Du kennst sicher auch das geflügelte Wort: „Man soll dem Leib Gutes tun, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen.“

Im Übrigen, welcher Landrat in Bayern hat schon direkt an seinem Wohnort einen eigenen Flughafen vor der Haustüre? Wir fragen jetzt auch nicht, ob zuerst der Landrat oder der Flughafen in Vilshofen da war ... (!)

Bei dieser Gelegenheit gilt mein „Dankeschön!“ meinen beiden Bezirksvorstandsmitgliedern Georg Krenn für den Tipp mit dem Restaurant und Renate Strähle für das Organisieren des Gutscheins, was sich in Zeiten von Betriebsurlaub etc. nicht ganz einfach gestaltete! Aber nach unserem Motto „Wir lassen nicht locker!“ hat auch das letztlich, last minute sozusagen, noch geklappt.

Nun, lieber Franz, wir gratulieren vom SEN-Landesvorstand und von allen anwesenden Delegierten ganz herzlich zu deiner besonderen Ehrung und wünschen dir für die Zukunft und die anstehenden Aufgaben Gesundheit und die nötige Portion Glück, wann immer du sie brauchst.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihren Applaus für unseren Franz Meyer!

Raimund Fries

SEN-Bezirksvorsitzender Niederbayern und Stv. SEN-Landesvorsitzender

88. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	28./29. Oktober 2022
Antrag-Nr. B10 Keine Freigabe von Cannabis	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung
Antragsteller: Senioren-Union (SEN)	<input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

Der Parteitag möge beschließen:

Der CSU-Parteitag und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, die Legalisierung von Cannabis – mit Ausnahme der Verwendung in der Medizin – strikt zu verhindern.

Begründung:

Die Folgen von Cannabis-Konsum vor allem mit der heutigen wesentlich höheren Schadstoffanreicherung (THC) werden von vielen seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen international als absolut schädlich beurteilt. Auch die UN warnen vor den Folgen von Cannabiskonsum. Die zusätzliche Belastung von Gesundheitseinrichtungen müssen die Beitragszahler und die Gesellschaft tragen. Allein in der EU beruhen ca. 30% der Drogentherapien auf Cannabiskonsum. Neben den physischen Folgen beim Rauchen, insbesondere bei Zumischung mit Tabak, wie Entzündungen der Atemwege, chronischen Husten und Bronchitis mit Auswirkungen auf das Herz-Kreislaufsystem kann es insbesondere bei Jugendlichen zu Gehirnentwicklungsstörungen kommen. Die Verdoppelung des Unfallrisikos im Straßenverkehr durch Wahrnehmungsstörungen ist bekannt. Cannabis kann latent vorhandene Psychosen auslösen und bei hoher Dosierung akute psychotische Zustände hervorrufen.

Auch wenn Cannabis keine Einstiegsdroge für andere Drogen ist, so ist häufig doch auch ein erhöhter Gebrauch anderer Suchtmittel zusätzlich vorhanden, wie Nikotin, Alkohol oder Medikamente.

Suchtprävention und gesundheitliche Aufklärung müssen im Vordergrund stehen, nicht die weitere Legalisierung von Drogen. Das Interesse einer involvierten und interessierten Community darf diese rationalen Gesichtspunkte nicht überlagern.

Stellungnahme der Antragskommission:

Votum: Zustimmung

88. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	28./29. Oktober 2022
Antrag-Nr. B18 Maßnahmen gegen Pflegenotstand umgehend ergreifen	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung
Antragsteller: Senioren-Union (SEN)	<input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerischen Staatsregierung werden aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen und insbesondere bei der Bundesregierung in Berlin für die umgehende Ergreifung von Maßnahmen gegen den Pflegenotstand einzusetzen.

Begründung:

Seit vielen Jahren warnt die SEN der CSU vor den Auswirkungen des Fachkräftemangels in den Gesundheitsberufen, insbesondere bei den Pflegefachkräften. Unser Gesundheitssystem, zusätzlich bedingt durch die Corona-Pandemie, ist mit vielfältigen Problemen und Herausforderungen konfrontiert. Im Vordergrund steht dabei der Pflegenotstand, dessen wesentliche Ursachen struktureller und personeller Natur sind.

Durch die enorme Arbeitsbelastung und die erschwerten Rahmen- und Arbeitsbedingungen hat sich der schon länger abzeichnende Personalmangel in den Pflegeberufen dramatisch beschleunigt. Zusätzlich ist der Krankenstand in diesen Berufen überdurchschnittlich gestiegen, Überlastung bis hin zum Burn-Out sind eine maßgebliche Ursache. Im TK-Gesundheitsreport vom Mai 2022 wird ausgeführt, dass während der allgemeine Krankenstand auch im zweiten Corona-Jahr erneut gesunken ist von 14,6 auf 13,9 Fehltage, ist er in der Altenpflege von 2020 auf 2021 sogar weiter angestiegen, von 24,8 auf 25,8 Tage. Das sind rund 12 Tage mehr als bei den Berufstätigen insgesamt. In der Krankenpflege waren es 2021 im Schnitt 22,3 Fehltage. Besonders die psychischen Erkrankungen und Muskel-Skelett- Beschwerden sind für die Fehlzeiten verantwortlich.

Der Pflegenotstand nimmt zu, da immer mehr Krankenschwestern und Krankenpfleger fehlen. Aktuell sind dies mindestens 35.000, wie eine vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragte Studie des Kompetenzzentrums für Fachkräftesicherung ergab. Seit dem Jahr 2011 ist die Zahl der offenen Stellen um gut 40% gestiegen. Personalmangel gibt es in allen Bereichen der Pflege, der Alten- und Krankenpflegebereich ist jedoch am Stärksten betroffen. Die Überlastung des Systems führt dazu, dass bestimmte Kapazitäten an Betten nicht mehr bedient werden können, d.h. Stationen verkleinert oder gar geschlossen werden müssen. Zudem wird nach der Pandemie mit einer größeren Kündigungswelle von überarbeitetem Personal gerechnet. Schon jetzt dauert es mitunter Monate, bis eine Stelle wieder besetzt werden kann.

Die Folgen sind schon jetzt, für Patientinnen und Patienten in der Krankenhausbehandlung, noch mehr für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen bezüglich der pflegerischen Versorgung dramatisch. Pflegebedürftigkeit kann von heute auf morgen eintreten, sei es unfall- oder krankheitsbedingt. Ambulante Pflegedienste sind ausgebucht, Kurzzeitpflegeplätze nicht ausreichend vorhanden und für stationäre Pflegeplätze bestehen oft lange Wartelisten. Im Jahre 2019, also vor der Pandemie, gab es in Bayern 2016 Pflegeheime mit 139.500 Plätzen. Bei fast 492.000 Pflegebedürftigen in Bayern ist der „größte Pflegedienst“ die pflegenden

Angehörigen, über 70% der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt. Diese Angehörigen brauchen Unterstützung und Entlastung.

Aus Sicht der SEN besteht dringender Handlungsbedarf. Wir appellieren an die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Bayerische Staatsregierung, auf allen politischen Ebenen die Ampelkoalition in Berlin zum Handeln aufzufordern. Sowohl die Reform der Pflegeversicherung wie auch klare Perspektiven für die Gesundheitsberufe sind überfällig. Nicht schöne Worte, sondern klare politische Entscheidungen gegen den Pflegenotstand sind überfällig.

Stellungnahme der Antragskommission:

Votum: Zustimmung

88. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	28./29. Oktober 2022
Antrag-Nr. H11 Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben sicherstellen	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Senioren-Union (SEN)	

Der Parteitag möge beschließen:

Die Senioren-Union fordert, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerade auch für die Älteren sicherzustellen. Entlastungspakete der Bundesregierung müssen auch für diese Bevölkerungsgruppe gelten.

Begründung:

Die demografische Entwicklung hat in den letzten Jahrzehnten den Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung vergrößert, er stieg von 15% im Jahr 1991 auf 22% im Jahre 2020. Dies sind 18,44 Mio. Menschen. Die Lebenserwartung von Männern beträgt aktuell 78,5 Jahre, bei Frauen 83,4 Jahre.

So erfreulich diese Entwicklung insgesamt zu werten ist und viele Faktoren dafür verantwortlich sind – med. Fortschritt, Ernährung, Wohnsituation, allg. Hygiene bis hin zur Trinkwasserqualität seien beispielhaft genannt – so müssen auch die damit verbundenen Herausforderungen gesehen werden. Im Focus stehen dabei unsere sozialen Sicherungssysteme, d.h. die Rentenversicherung, die Krankenversicherung und die Pflegeversicherung. So erhalten nur 0,4% der unter 60-jährigen Leistungen nach dem Pflege-Versicherungs-Gesetz, aber 6,6% der 70- bis 80-jährigen und sogar 23,8% von den 80- bis 90-jährigen. Gab es im Jahre 2021 4,6 Mio. Pflegefälle, liegt die Prognose für 2050 bei 6,6 Mio. Gleichzeitig stehen immer weniger junge Menschen für die Pflege zur Verfügung.

Bei Personen über 65 Jahren lag die Armutsgefährdungsquote 2020 bei 16,4 %, in Deutschland insgesamt bei 16,1%. Steigende Mieten, eine hohe Inflation, explodierende Energiekosten – gerade die Älteren sind besonders betroffen.

Die SEN fordert, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerade auch für die Älteren sicherzustellen. Entlastungspakete der Bundesregierung müssen auch für diese Bevölkerungsgruppe gelten.

Stellungnahme der Antragskommission:

Votum: Zustimmung

88. Parteitag der Christlich-Sozialen Union	28./29. Oktober 2022
Antrag-Nr. H12 Die ältere Generation als Schwerpunktthema der bayerischen Politik – Umfassende Unterstützung und Hilfestellungen für das Leben im Alter	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Senioren-Union (SEN)	

Der Parteitag möge beschließen:

Mit den Programmen und Zielen für die Landtagswahl 2023 unterstreicht die CSU, dass die älteren Menschen und ihre Unterstützung ein besonders wichtiges Anliegen der bayerischen Landespolitik sind. In den folgenden Leitsätzen werden die Vorstellungen der Senioren-Union für die Kernziele der bayerischen Seniorenpolitik zusammengefasst. Die CSU wird aufgefordert, diese Ziele zu ihren eigenen zu erklären und in ihre Programmatik für 2023 zu übernehmen.

Begründung:

Leitsatz 1

Wir anerkennen und schätzen die Lebensleistung der älteren Generation. Daher ist es der CSU ein besonderes Anliegen, das weitgehende selbstständige Leben im Alter zu fördern. Die Seniorenpolitik bietet in allen Lebensbereichen den älteren Mitbürger Unterstützung an und geht damit weit über die Anliegen der notwendig werdenden Betreuung hinaus.

1. Die umfassende Teilhabe am Leben, eine aktive Mitwirkung in der Politik und der Gesellschaft, das Gestalten des persönlichen Umfelds nach den Bedürfnissen des Alters – all das unterstützt die bayerische Seniorenpolitik. Gerade weil die Lebenserfahrung der älteren Menschen ein Schlüssel für die Gestaltung der Zukunft ist, ist das Engagement auf allen Ebenen, vor allem im gesellschaftlichen Umfeld und in Ehrenämtern, in der Entwicklung der Gemeinden und Städten wichtig. Deshalb fördert die CSU die Teilhabe der älteren Menschen.
2. Das Seniorenmitwirkungsgesetz ist ein wichtiger Beitrag, der älteren Generation eine wirkungsvolle Vertretung, eine kräftige Stimme auf kommunaler und auf Landesebene zu geben. Daher ist die Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes ein Schwerpunktthema der Politik der CSU.
3. Die Basis eines Lebensabends, nach vielen Jahrzehnten der Beiträge für die gesellschaftliche Entwicklung, ist eine ausreichende Altersversorgung, um den Lebensunterhalt angemessen bestreiten zu können. Die grundsätzlichen Regelungen der Altersversorgung, vor allem bei der Rente, müssen den Verdienst der älteren Menschen, auch der erziehenden Mütter, widerspiegeln. Es kann nicht sein, dass Inflation und Belastungen aus den aktuellen Krisen die materielle Grundlage des Lebensabends gefährden.
4. Die Gesundheit ist für die älteren Menschen ein besonders wichtiges Thema, deshalb sind alle Themen der Gesundheitsvorsorge und medizinischen Versorgung für das Leben der älteren Menschen wichtig. Gesundheitspolitik muss die älteren Menschen in die Lage versetzen, sowohl präventiv zur Erhaltung der Gesundheit beizutragen wie im Krankheitsfall optimal versorgt zu werden.

5. In einer sich rasch verändernden Welt spielt die Weiterbildung auch im Alter eine besondere Rolle. Die Politik für die ältere Generation koordiniert und unterstützt die Angebote der Bildungsträger, um den Seniorinnen und Senioren ein lebenslanges Lernen mit Themen aus allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Ein lebenslanges Lernen ist ein Teil der gesellschaftlichen Partizipation im Alter.

Leitsatz 2

Die Lebenssituation der älteren Mitbürger kennt besondere Herausforderungen, vor allem, wenn Betreuungen, Pflege und Versorgung notwendig werden. Unterstützung bei der Betreuung in der Familie und in Pflegeeinrichtungen, gesicherte Mobilität und konsequente Barrierefreiheit, Versorgung in allen Lebenslagen sind daher die Kernelemente der Politik für die älteren Menschen.

1. Die Unterstützungsleistungen für ältere Menschen werden auf Ebene der Landkreise und Städte in einem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept zusammengefasst. Die CSU arbeitet auf allen Ebenen daran mit, diese seniorenpolitischen Gesamtkonzepte immer wieder fortzuschreiben und vor allem als umfassende Informationsplattform für die Themen der älteren Menschen bekannt zu machen.
2. Mit großem Nachdruck setzt die CSU dafür ein, die aktuell schwierige, sich in vielen Bereichen verschlechternde Situation in der Pflege und der Betreuung, sowohl zu Hause als auch stationär, zu verbessern. Es muss vorrangig alles unternommen werden, damit in der Pflege und Betreuung ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Weiter müssen die extrem gestiegenen Kosten aufgefangen und die Pflegebedürftigen finanziell besser unterstützt werden.
3. Zum Angebot der Pflege und Betreuung gehören Schaffung eines unterstützenden sozialen Umfelds und die Hilfestellung für diejenigen, die allein zuhause leben. Insgesamt dürfen nicht ökonomische Fragen der Optimierung der Abläufe vorrangig sein, sondern die Schaffung der ausreichenden Kapazität für das Eingehen auf die einzelnen Menschen, in medizinischen und in sozialen Fragen, müssen im Mittelpunkt stehen.
4. Zu den wesentlichen Herausforderungen gehört auch das Wohnen im Alter, das sich durch die Lebenssituation der Menschen ändert. Die Politik hilft dabei, Angebote für ein altersgerechtes Wohnen zu schaffen. Das können Mehrgenerationenhäuser sein, die vom Staat unterstützt werden, das können auch Wohnungstauschprogramme sein, die es erlauben, bei veränderten Lebenssituationen auch den passenden Wohnraum zu finden. Der Staat muss darauf achten, dass im Wohnungsbau den Anforderungen der Betreuung der älteren Menschen Rechnung getragen wird.
5. Wir setzen uns für Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ein. Gerade bei eingeschränkter Mobilität ist es wichtig, dass das Leben im Alltag die ältere Generation nicht vor unüberwindliche Hindernisse stellt, sei es in der Wohnung mit zu schmalen Türrahmen, sei es im Verkehr mit fehlenden Rampenzugängen für Rollstühle, sei es bei öffentlichen Einrichtungen und deren behindertengerechte Gestaltung. Barrierefreiheit bezieht sich aber auch auf das digitale Leben mit dem Anspruch von der Regelung der täglichen Bedürfnisse, beispielsweise mit online Einkaufen und Bankgeschäften, aber auch beim Online-Zugang zu Gemeinden und Behörden ohne unnötige Erschwernisse.
6. Die Mobilität, das Bewegen im direkten Umfeld und Reisen, sind für viele ältere Menschen eine besondere Herausforderung. Über die Barrierefreiheit hinaus muss der

öffentliche Nahverkehr den Bedürfnissen der älteren Menschen Rechnung tragen, beispielsweise durch eine entsprechende Tarifgestaltung. Dort, wo der öffentliche Nahverkehr keine befriedigenden Versorgungsleistungen anbietet, müssen gerade für Menschen im Alter Lösungen mit Individualangeboten zum Transport unterstützt werden. Von der Möglichkeit des Besuchs der Familienangehörigen bis zum Einkaufen muss es Hilfestellung geben, die Mobilität der älteren Menschen zu gewährleisten.

Leitsatz 3

Die aktuellen Krisen wirken sich besonders bei der älteren Generation mit dramatischen Verschlechterungen und zunehmenden Einschränkungen aus. Die derzeitige Lage der Seniorinnen und Senioren und die sich abzeichnenden steigenden Belastungen sind Anlass für die CSU, die Unterstützung zu intensivieren.

1. Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine spüren die gesamte Bevölkerung, besonders aber die älteren Menschen, die keine Möglichkeit haben, finanzielle Vorsorge zu betreiben. Wir setzen uns mit allem Nachdruck dafür ein, dass die Milliardenentlastungspakete der Bundesregierung den älteren Menschen helfen, die Bedrohungen ihrer materiellen Lebensgrundlage zu reduzieren. Die Rentnerinnen und Rentner dürfen nicht länger übergangen werden, sondern müssen besonders unterstützt werden.
2. Denn neben den rasant gestiegenen Kosten sorgt auch die hohe Inflation dafür, dass die materielle Basis für das Leben im Alter bedenklich geschmälert wird. Es kann nicht hingenommen werden, dass die Inflation anhaltend die Rentenerhöhungen auffrisst und damit das Einkommen der älteren Menschen schmälert
3. Für die CSU wird es ein besonderes Anliegen sein, die weitere Vernachlässigung der älteren Menschen bei Entlastungsmaßnahmen zu verhindern und für eine wirkungsvolle Unterstützung zu sorgen. Vor allem auf Bundesebene wird die CSU nicht nachlassen, das Übergehen der Rentner anzuprangern.

Leitsatz 4

Die Nutzung der vordringenden Digitalisierung ist ein Thema, das generationenübergreifend Jung und Alt verbindet. Die Chancen der verbesserten Teilhabe mit digitalen Lösungen müssen vor allem für die älteren Menschen in den Vordergrund rücken.

1. Gerade die Pandemiezeiten haben gezeigt, dass digitale Lösungen im Alltag hilfreich sein können, von Onlineüberweisungen bis zu digitalen Anträgen an Behörden. Deshalb fördern wir digitale Lösungen, die eine Erleichterung und Hilfestellung im Alltag leisten.
2. Durch Nutzung der digitalen Kommunikation können die älteren Mitbürger an vielen Bereichen des öffentlichen Lebens stärker teilnehmen. Beispielsweise ist der Besuch einer Bürgerversammlung oder Gemeinderatssitzung nicht mehr an einen Besuch vor Ort gekoppelt, sondern kann auch in der Wohnung auf dem Bildschirm verfolgt werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, die Angebote der digitalen Kommunikation und der Teilhabe an Bürgerbefragungen oder Informationen zur Gemeinde gerade bei den älteren Mitbürgern bekannt zu machen.

3. Viele in der älteren Generation haben noch Unterstützungsbedarf beim Kennenlernen der Möglichkeiten, die digitale Geräte bei der Kommunikation und Lebensgestaltung leisten. Gerade in diesem Bereich machen gemeinsame, generationenübergreifende Projekte Sinn, die die Nutzung der digitalen Technik mit dem Erschließen der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben verbinden und dabei für alle Generationen gelten.

Stellungnahme der Antragskommission:

Votum: Überweisung an den CSU-Parteivorstand

Begründung:

Die politischen Weichenstellungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern obliegen dem Parteivorstand. Er muss darüber entscheiden, inwieweit die Vorstellungen der Senioren-Union für die Kernziele der bayerischen Seniorenpolitik von der CSU übernommen und umgesetzt werden.

Unerklärlich und unanständig: die Umbenennung des Kardinal-Faulhaber-Platzes in Würzburg (Auszug aus der Predigt von Domkapitular Clemens Bieber am 23.10.2022)

In seiner Sitzung am Donnerstag, 20. Oktober, hat der Stadtrat von Würzburg mehrheitlich beschlossen, den Kardinal-Faulhaber-Platz in Würzburg umzubenennen. Bischof Dr. Franz Jung erklärt dazu: „Ich bedauere die Entscheidung des Würzburger Stadtrats, den Kardinal-Faulhaber-Platz umzubenennen, und halte sie für falsch. Zu Recht wurde die Würdigung Faulhabers an diesem prominenten Ort in den zurückliegenden Monaten intensiv und fachkundig diskutiert. Die Klärung der hier aufgeworfenen Fragen auf wissenschaftlicher Basis ist meines Erachtens der richtige Weg. Umso bedauerlicher ist die Änderung des Verfahrens zur Entscheidungsfindung im laufenden Prozess. Das einstimmige Votum ausgewiesener Experten wurde so nivelliert und letztlich für irrelevant erklärt. Dieser politische Umgang mit historischer Wissenschaft ist ausgerechnet in einer Universitätsstadt sehr fragwürdig.“

Beim Umgang mit der eigenen Geschichte sind kritische Urteile über Personen und ihr Handeln berechtigt und notwendig. Durch sie stellen wir fest, dass Menschen in ihren Entscheidungen nicht immer die richtigen Prioritäten setzen. Ebenso sollte der kritische Blick auf die eigene Geschichte vor allzu großer Selbstsicherheit beim Handeln in der Gegenwart bewahren. Insofern sind Urteile über die Vergangenheit möglich – aber immer nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände. Das Bistum Würzburg wird Kardinal Michael Faulhaber als einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der katholischen Kirche in Deutschland im 20. Jahrhundert auch weiterhin ein ehrendes Gedenken bewahren.“

(Den vollständigen Text der Predigt finden Sie unter: www.caritas-wuerzburg.de)

Unzulässige und ehrabschneidende Unterstellungen

Ein Kommentar von Dr. Thomas Goppel

Bildlich ausgedrückt ‚große Augen‘ machten der überraschte Leser, die in politischen Messlatten und ihrer Anwendung geübte Leserin dieser Tage, als nicht nur in der lokalen Presse zu lesen war, dass der Stadtrat der Unterfrankenmetropole in seiner jüngsten Sitzung mehrheitlich entschieden hat, den Kardinal Faulhaber Platz der Stadt zu entwidmen, weil der Namensgeber im Dritten Reich, in der Nazizeit also, nicht ausreichend aktiv gegen die damaligen Machthaber vorgegangen sei. Die rotgrünbunte überfallartige Spätverurteilung eines Kirchenfürsten passt in eine Zeit, die sich gerade (und schon seit längerem) darauf eingeschworen hat, Katholiken und ihren Glauben, insbesondere aber deren Führung madig zu machen und so Zweifel an der mehrheitlichen Weltanschauung in unserem Land zu säen und solche zu verstärken.

Unabhängige Experten waren es im Sommer, die im Auftrag der Stadt und der Wissenschaft einmütig erklärt haben, dass der Kardinal sich in seinem Einsatz zu kritischer Zeit nichts hat zu Schulden kommen lassen, dass sein Einsatz ganz im Gegenteil aufklärerisch gewirkt habe zu einer Zeit, in der, andere den Nazi-Empfehlungen weiter blindlings gefolgt sind. Dass heute die, die den Repressalien des Naziregimes nicht ausgesetzt waren, einem kirchlichen Repräsentanten ehrabschneidend unterstellen, seinerzeit „nicht einsatzfreudig genug“ Widerstand oder auch Unterstützung (für die Verfolgten) geboten habe, ist deshalb unanständig. Die Verurteilung jetzt berücksichtigt nicht die Umstände der Zeit, sondern setzt hellseherische Fähigkeiten gegenüber dem jeweils gültigen Zeitgeist voraus. Systematisch angewandt – hätte das gleiche Fragezeichen und Ausschlusskriterien für die zur Folge, die im Augenblick rotgrünbunte Träume umsetzen, ohne sicher sagen zu können, ob daraus nicht auch Albträume werden könnten.